

Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 17.09.2009

Tagungsort: Sitzungssaal des Bürgerzentrums "Amt Dornberg"
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause:
Ende: 19:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Frau Hempelmann BfB

CDU

Herr Berenbrinker

Frau Brinkmann

Herr Graeser

Herr Kleinesdar

Frau Krause

ab 17:15 Uhr

SPD

Herr Gieselmann

Frau Selle

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Hahn

Herr John

Herr Steinkühler

FDP

Frau Wilmsmeier

Verwaltung

Herr Groß

Herr Schmidt

Frau Stude

Frau Busch-Viet

Bauamt

Umweltamt

Büro des Rates

Büro des Rates

zu TOP 10

zu TOP 8

Schriftführung

Nicht anwesend:

Frau Weyer – CDU

Herr Fortmeier – SPD

Frau Viehmeister – SPD

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Frau Bezirksvorsteherin Hempelmann begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung mit Schreiben vom 08.09.2009 form- und fristgerecht erfolgt und die Bezirksvertretung beschlussfähig sei. Sie gratuliert Herrn Steinkühler nachträglich zum Geburtstag.

Zur Tagesordnung führt Frau Hempelmann aus, dass der in der Sitzung am 20.08.2009 vertagte Antrag der CDU-Fraktion auf Aufhebung des Bebauungsplans Puntheide (Drucksache 7235/2004-2009) im Zusammenhang mit der hierzu vorliegenden Informationsvorlage der Verwaltung unter Tagesordnungspunkt 10 behandelt werden solle.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung erklären sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

-.-.-

Zu Punkt 1

Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Dornberg

Frau Christa Schwedler, Anwohnerin der Straße Twellbachtal bittet um Verkehr beruhigende Maßnahmen in ihrem Wohnumfeld.

Herr Jens Muth-Böhm, wohnhaft Twellbachtal 74 a beklagt ebenfalls die unerträgliche Verkehrssituation. Er sei sich mit weiteren Nachbarn, mit denen er sich seit dem Sommer abgestimmt habe, einig, dass die allgemeine Verkehrsdichte, insbesondere aber der Schwerlastverkehr erheblich zugenommen habe.

Der Einsatz einer Geschwindigkeitsanzeigtabelle habe belegt, dass auf der Kreisstraße deutlich überhöhte Geschwindigkeiten gefahren würden.

Herr Muth-Böhm möchte wissen, was die Bezirksvertretung Dornberg zu tun gedenke, um die Verkehrssituation erträglicher zu gestalten.

Um das Anliegen der Anwohnerinnen und Anwohner zu untermauern, überreicht er eine Unterschriftenliste und Fotos an die Bezirksvorsteherin Frau Hempelmann.

Diese erwidert, dass die Verkehrssituation im Twellbachtal bereits mehrfach Thema in der Bezirksvertretung gewesen sei. Es sei bisher allerdings nicht gelungen, die Belastungen durch den Straßenverkehr dauerhaft zu reduzieren. Frau Hempelmann verweist darauf, dass unter Tagesordnungspunkt 5.2 ein Antrag der CDU-Fraktion zum selben Themenbereich behandelt werde.

Frau Antje Böhm wohnhaft Twellbachtal 74 a äußert, dass nach ihrer Wahrnehmung besonders der Schwerlastverkehr zugenommen habe. Sie gehe davon aus, dass die Abkürzung durch das Twellbachtal bewusst gewählt werde, um Maut zu sparen. Frau Böhm regt an, die Durchfahrtsmöglichkeit auf Lastkraftwagen bis 7,5 to zu begrenzen.

Frau Schwedler ergänzt, sie sehe täglich mindestens 5-6 Reisebusse durch das Twellbachtal fahren. Sie möchte wissen, wie dies verhindert werden könne.

Herr Dirk Buddenberg, wohnhaft am Hufschmiedeweg 12, erkundigt sich,

wie den wieder vermehrt in dem Bereich lebenden Kindern, aber auch den zahlreichen dort ansässigen Seniorinnen und Senioren ein Überqueren der Straße erleichtert werden könne.

Sein minderjähriger Sohn Moritz Buddenberg beklagt, dass Motorradfahrer häufig zu schnell unterwegs seien.

Herr Buddenberg führt aus, dass die Straße Twellbachtal nach seinem Kenntnisstand eine Kreisstraße sei, die für die Einrichtung einer Tempo-30-Zone nach geltenden Vorschriften grundsätzlich nicht in Betracht komme. Er bittet, die Klassifizierung der Straße kritisch zu hinterfragen bzw. zu prüfen, ob ungeachtet des Kreisstraßencharakters nicht doch die Einrichtung einer Tempo-30-Zone möglich sei.

Laureen Böhm erkundigt sich, warum die Polizei im Twellbachtal keine Geschwindigkeitsmessungen vornehme.

Frau Hempelmann äußert, dass sie die gestellten Fragen ad hoc nicht beantworten könne. Sie sagt zu, alle Fragen und Anregungen mit der Bitte um Beantwortung an die Fachverwaltung weiterzuleiten.

-.-.-

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 50. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 20.08.2009

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 20.08.2009 wird in Bezug auf Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3

Mitteilungen

1. Mit der Einladung versandte bzw. als Tischvorlage erhaltene Unterlagen

- Einladung zur Informationsveranstaltung „Grundlagen der Sportentwicklung in Bielefeld am 23.09.2009
- Beschlussvorschlag zur Verwendung der Mittel für die Unterhaltung von Spiel- und Bolzplätzen sowie eine Planskizze zur „Aufwertung des Spielplatzes im Dornberger Auenpark“
- Kalender 2010 der Stadtwerke Bielefeld (*Tischvorlage*)

2. Ankündigung der Maisernte für die Biogasanlage an der Deppendorfer Straße

Frau Busch-Viet berichtet, dass Herr Dr. Kröpke von den Stadtwerken Bielefeld in Einlösung seines Versprechens bei der Vorstellung der Pläne für die Biogasanlage an der Deppendorfer Straße mitgeteilt habe, dass der Maiserntebeginn für den 28.09.2009 vorgesehen sei. Ab diesem Zeitpunkt sei für etwa 14 Tage mit einem erhöhten

Verkehrsaufkommen im Bereich der Deppendorfer Straße zu rechnen. Witterungsbedingt könne es zu kleineren Verschiebungen bzw. Unterbrechungen bei der Ernte kommen.

Darüber hinaus habe Herr Dr. Kröpke die Fertigstellung der Biogasanlage für Anfang Dezember 2009 in Aussicht gestellt.

3. Informationsveranstaltung zur Sportstättenplanung

Frau Busch-Viet erinnert an die bereits angekündigte Vorstellung des Gutachtens zur Sportentwicklungsplanung für die Stadt Bielefeld. Diese finde am 23.09.2009 um 17:00 Uhr im Ratssaal statt.

4. Schulfest der Leinweberschule

Frau Busch-Viet berichtet, dass sie der Schulleiter der Leinweberschule Herr Riedinger auf ein am 19.09.2009 geplantes Schulfest seiner Schule hingewiesen habe. Im Rahmen des Schulfestes gebe es um 11:00 Uhr und um 14:00 Uhr zwei Zirkusaufführungen, die die Schülerinnen und Schüler unter Anleitung des Zirkus Castelli vorbereitet hätten.

5. Vom Förderverein Kirchenmusik in Heilig Geist e. V. veranstaltete Konzerte

Frau Hempelmann wirbt im Namen von Herrn Faulhaber vom Förderverein Kirchenmusik in Heilig Geist e. V. für demnächst in der katholischen Hl. Geist Kirche anstehende Orgelkonzerte. Das erste finde am 27.09.2009 statt. Weitere Konzerte seien für den 04.10. und 11.10.2009 angekündigt. Beginn sei bei freiem Eintritt jeweils um 17:00 Uhr.

-.-.-

Zu Punkt 4

Anfragen

Anfragen liegen nicht vor.

-.-.-

Zu Punkt 5

Anträge

Zu Punkt 5.1

Verkehrssicherung im Bereich der Haltestelle Hageresch

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7375/2004-2009

Frau Hempelmann verliest den Antrag der SPD-Fraktion:

- „Die Bezirksvertretung Dornberg bittet das Amt für Verkehr, anzuordnen,
1. dass an der Bushaltestelle „Hageresch“ eine Markierung angebracht wird, die es den Busfahrern ermöglicht, an der Haltestelle die Warnblinkanlage einzuschalten, um so den nachfolgenden Verkehr besser auf die Gefahr querender Fußgänger aufmerksam zu machen;
 2. eine Geschwindigkeit von 50 km und ein Überholverbot an der Schröttinghauser Straße im Bereich der Siedlung.“

Zur Begründung verweist Frau Hempelmann auf die Vorlage.

Frau Selle erläutert, dass das Anliegen von Anwohnerinnen und Anwohnern an ihre Fraktion herangetragen worden sei. Eine Nachfrage beim Amt für Verkehr habe ergeben, dass die gewünschte Kennzeichnung der Haltestelle möglich sei, sofern ein entsprechender politischer Beschluss gefasst werde.

Herr Kleinesdar äußert, dass die Ausführungen von Frau Selle grundsätzlich richtig seien. Da es sich bei der Schröttinghauser Straße um eine Landstraße handle, sehe er allerdings die Notwendigkeit, sich mit dem Landesbetrieb.Straßen.NRW abzustimmen.

Frau Selle bezweifelt eine entsprechende Notwendigkeit, da die Regelungskompetenz für den Bereich der Haltestelle nach Auskunft des Amtes für Verkehr bei der Stadt liege.

Herr Kleinesdar entgegnet, dass dies für die Fahrtrichtung stadteinwärts richtig sein könne. Da es stadtauswärts keine Haltebucht für den Bus gebe, sehe er hier auf jeden Fall die Notwendigkeit, den Landesbetrieb.Straßen.NRW zu beteiligen.

Frau Wilmsmeier erinnert daran, dass sie auf Grund des schlechten Straßenzustandes bereits in der Vergangenheit für eine Geschwindigkeitsbegrenzung plädiert habe.

Herr John kündigt an, dass seine Fraktion den Ziel führenden Antrag ebenfalls unterstützen werde.

Herr Berenbrinker schlägt vor, die gegebenenfalls notwendige Abstimmung mit dem Landesbetrieb.Straßen.NRW in die Beschlussformulierung einzubeziehen.

Darauf hin ergeht folgender vom ursprünglichen Beschlussvorschlag abweichender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg bittet das Amt für Verkehr, in Zusammenarbeit mit dem Landesbetrieb.Straßen.NRW dafür zu sorgen, dass

3. **an der Bushaltestelle „Hageresch“ eine Markierung angebracht wird, die es den Busfahrern ermöglicht, an der Haltestelle die Warnblinkanlage einzuschalten, um so den nachfolgenden Verkehr besser auf die Gefahr querender Fußgänger aufmerksam zu machen;**
4. **eine Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h und ein Überholverbot an der Schröttinghauser Straße im Bereich der Siedlung angeordnet wird.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5.2

Maßnahmen zur Verhinderung überhöhter Fahrgeschwindigkeiten im Twellbachtal
Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7381/2004-2009

Frau Hempelmann verliest den Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion:

„Die Bezirksvertretung Dornberg bittet die Verwaltung, für die Straße Twellbachtal kurzfristig Maßnahmen vorzustellen, die dauerhaft die Einhaltung der Geschwindigkeit 50 km/h sicherstellen. Bei der Erarbeitung der Maßnahmen sollen für die Sicherheit der Fußgänger auch Querungshilfen und/oder Fußgängerüberwege (Zebrastreifen) berücksichtigt werden.“

Herr Berenbrinker weist in seiner Begründung darauf hin, dass die Bürgerfragestunde gezeigt habe, wie sehr die Verkehrssituation die Anliegerinnen und Anlieger belaste. Auf Grund des sich anbahnenden Generationenwechsels in dem Wohngebiet gebe es zum einen wieder mehr Kinder, gleichzeitig sei aber auch die Zahl betagter Anwohnerinnen und Anwohner gestiegen. Er hoffe, dass die Verwaltung bis zum Ende des Jahres Vorschläge unterbreite, wie die Verkehrssituation entschärft werden könne. Diese könnten dann in der Arbeitsgruppe Stadtteilentwicklung diskutiert werden.

Frau Selle macht zu Beginn ihres Wortbeitrages deutlich, dass ihre Fraktion den Antrag der CDU-Fraktion grundsätzlich unterstütze. Sie erinnert daran, dass in der Vergangenheit unter Beteiligung der SPD bereits diverse Beschlüsse gefasst worden seien, um die Geschwindigkeit im Twellbachtal zu reduzieren. Im Hinblick auf den Vorschlag, eine Querungshilfe zu errichten, weist Frau Selle darauf hin, dass hierfür gegebenenfalls Grunderwerb erforderlich sei. Darüber hinaus müsse der Wegfall von Parkplätzen in Kauf genommen werden. Frau Selle empfiehlt, die Anliegerinnen und Anlieger rechtzeitig auf entsprechende Konsequenzen hinzuweisen.

Herr John betont, dass die Verkehrssituation im Twellbachtal bereits seit vielen Jahren Thema in der Bezirksvertretung sei. Er äußert, dass er ein Durchfahrtsverbot für LKW über 7,5 Tonnen für erstrebenswert halte. Weiter halte er es für sinnvoll, zu prüfen, ob eine Rückstufung der Straße Twellbachtal von einer Kreisstraße zu einer Gemeindestraße möglich sei. Außerdem spricht er sich für gezielte Geschwindigkeitsmessungen durch die Polizei aus.

Frau Wilmsmeier äußert, in anderen Problembereichen im Stadtbezirk habe sich gezeigt, dass die Kennzeichnung von Parkflächen zu einer Reduzierung der Fahrgeschwindigkeit beitrage.

Herr Berenbrinker weist darauf hin, dass der Beschlussvorschlag seiner Fraktion bewusst ergebnisoffen formuliert worden sei, so dass die von seinen Vorrednern gemachten Vorschläge problemlos übernommen werden könnten.

Herr Steinkühler fordert die Verwaltung auf, sicherzustellen, dass auf den Gehwegen entlang der Straße Twellbachtal nicht geparkt werde, da auf Fußwegen abgestellte Kraftfahrzeuge für Kinderwagen und Rollstühle ein Hindernis darstellten. Stattdessen solle durch Markierungen dafür gesorgt werden, dass Fahrzeuge versetzt auf der Fahrbahn geparkt würden, was gleichzeitig zu einer Drosselung der möglichen Fahrgeschwindigkeit führe.

In der anschließenden Abstimmung, an der Frau Brinkmann, die sich für befangen erklärt, nicht teilnimmt, ergeht folgender über den ursprünglichen Beschlussvorschlag hinaus gehender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg bittet die Verwaltung, für die Straße Twellbachtal kurzfristig Maßnahmen vorzustellen, die dauerhaft die Einhaltung der Geschwindigkeit 50 km/h sicherstellen. Bei der Erarbeitung der Maßnahmen sollen für die Sicherheit der Fußgänger auch Querungshilfen und/oder Fußgängerüberwege (Zebrastrifen) berücksichtigt werden.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5.3

Zusätzliche Querungshilfen auf der Wertherstraße zwischen "Auf der Egge " und dem neuen Kreisverkehr

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7382/2004-2009

Frau Hempelmann verliest den Antrag der CDU-Fraktion:

„Die Bezirksvertretung Dornberg bittet die Verwaltung, auf der Wertherstraße zwischen der Einmündung „Auf der Egge“ und dem neuen Kreisverkehr zusätzliche Fußgängerüberwege (Zebrastrifen) anzulegen. Alternativ ist der Einsatz einer mobilen Querungshilfe zu prüfen.“

Herr Berenbrinker weist darauf hin, dass Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit auf der Wertherstraße wegen des geplanten Ausbaus der Straße schon mehrfach zurückgestellt worden seien. Da der Ausbau weiter auf sich warten lasse, müsse jetzt dafür gesorgt werden, dass die Straße gefahrlos überquert werden könne. Der neue Kreisverkehr an der Einmündung des Zehlendorfer Dammes in die Wertherstraße habe zwar dazu geführt, dass die Spitzengeschwindigkeiten der Fahrzeuge abgenommen habe, gleichzeitig sei aber ein verstetigter Verkehrsfluss zu registrieren, der ein Überqueren der Straße erschwere. Er hoffe, dass es möglich sei, mit geringem Mittelaufwand eine Lösung zu schaffen. Das von der Verwaltung häufig ins Feld geführte Argument, die Anlage eines Zebrastrifens rufe hohe Folgekosten für die hierfür vorgeschriebene Beleuchtung hervor, könne er angesichts pragmatischer Lösungen in anderen Gemeinden nicht akzeptieren.

Herr John signalisiert, dass seine Fraktion dem Antrag zustimmen werde, obwohl sie eigentlich zunächst habe abwarten wollen, wie sich der Kreisverkehr bewähre. Er regt angesichts der bevorstehenden Landtagswahl an, gleichzeitig die Verhandlungen mit dem Land zu forcieren. Ziel müsse sein, dass die Mittel für den Ausbau der Wertherstraße früher als derzeit in Aussicht gestellt, zur Verfügung gestellt würden. Bis dahin müsse der Einbau einer zusätzlichen Querungshilfe ausreichen.

Frau Selle erklärt, dass ihre Fraktion den Antrag grundsätzlich unterstütze, aber einen Prüfauftrag bevorzuge.

Frau Wilmsmeier spricht sich dafür aus, die Pläne zur Umgestaltung der Wertherstraße mit Nachdruck zu verfolgen, in der Übergangszeit aber

zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen.

Frau Hempelmann äußert, dass eine Prüfung nach ihrer Auffassung nicht weiterhelfe. Sie plädiere daher für Maßnahmen, die sich mit geringem finanziellem Aufwand umsetzen ließen. Hierzu gehöre z. B. der Einbau einer mobilen Querungshilfe.

Abschließend ergeht folgender vom ursprünglichen Beschlussvorschlag abweichender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg bittet die Verwaltung, bis zu endgültigen Fertigstellung der Ortsdurchfahrt auf der Wertherstraße zwischen der Einmündung „Auf der Egge“ und dem neuen Kreisverkehr zusätzliche Fußgängerüberwege (Zebrastreifen) anzulegen. Alternativ ist der Einsatz einer mobilen Querungshilfe vorzusehen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

Handlungsprogramm Klimaschutz. Solaratlas für Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7302/2004-2009

Frau Hempelmann fasst die im Handlungsprogramm Klimaschutz zusammengetragenen Vorschläge zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes zusammen.

Herr Steinkühler äußert, dass seine Fraktion das Programm begrüße. Auch wenn bisher erst für Teile Dornbergs Untersuchungsergebnisse vorlägen, lasse sich doch schon feststellen, dass das Dach des Bürgerzentrums Amt Dornberg offenbar für die Errichtung einer Solaranlage geeignet sei. Seine Fraktion beabsichtige daher, darauf hinzuwirken, dass an diesem markanten Punkt Sonnenenergie genutzt werde. U. a. verspreche er sich hiervon einen erheblichen Werbeeffekt. Sobald alle Dachflächen in Dornberg analysiert seien, erwarte er darüber hinaus, dass für Hausbesitzer eine Beratung durch Fachleute angeboten werde.

Frau Brinkmann weist darauf hin, dass die Informationsveranstaltungen für Hauseigentümer bedauerlicherweise sehr kurzfristig in der Presse angekündigt worden seien. Sie sehe hier erheblichen Verbesserungsbedarf.

Frau Wilmsmeier plädiert dafür, die Grundschulen Schröttinghausen und Babenhausen mit Anlagen zur Nutzung von Solarenergie auszustatten. Aus ihrer Sicht müsse die Stadt Bielefeld mit gutem Beispiel vorangehen.

Frau Selle äußert, auch ihre Fraktion begrüße das mit der Herausgabe des Solaratlases verfolgte Anliegen. Es sei gut, dass die Untersuchungsergebnisse im Internet veröffentlicht würden, allerdings sei zu bedenken, dass noch nicht alle Haushalte über einen Internetzugang verfügten.

Frau Wilmsmeier spricht sich dafür aus, Hauseigentümer noch einmal gezielt über die Möglichkeiten zur Nutzung von Solarenergie zu informie-

ren.

Die Bezirksvertretung Dornberg nimmt das Handlungsprogramm Klimaschutz – Solaratlas für Bielefeld zustimmend zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 7

29. Nachtragssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Bielefeld (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung)
hier: Änderung des Straßenreinigungsverzeichnisses (Stadtbezirk Dornberg)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7333/2004-2009

Frau Hempelmann fasst die Begründung für die vorgeschlagene Streichung der Görlitzer Straße aus dem Straßenreinigungsverzeichnis zusammen. Diese befände sich auf privatem Grund, weshalb die 1978 erfolgte Aufnahme in die Straßenreinigungssatzung unwirksam gewesen sei.

Herr Kleinesdar mutmaßt, dass sich aus der offenbar unzulässigen Erhebung von Straßenreinigungsgebühren ein Rückzahlungsanspruch für die Anliegerinnen und Anlieger der Görlitzer Straße ergeben könne.

Ohne weitere Diskussion fasst die Bezirksvertretung folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung empfiehlt dem Rat, die Görlitzer Straße aus dem Straßenreinigungsverzeichnis zu streichen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Spielflächenbedarfsermittlung Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7136/2004-2009

Frau Hempelmann verliest den Beschlussvorschlag der Verwaltung. Herr Schmidt vom Umweltamt verweist auf den Fachbeitrag zur Spielflächenbedarfsermittlung, der mittlerweile für die gesamte Stadt vorliege. Er betont, dass es sich um ein reines Analyseergebnis handle. Dieses diene künftig als Grundlage für Handlungsempfehlungen mit dem Ziel, einen Ausgleich von Spielflächen im Stadtgebiet herbeizuführen.

Frau Brinkmann legt dar, dass sie den Daten für den Stadtbezirk Dornberg im Wesentlichen zwei Empfehlungen entnommen habe, zum einen die altersgerechte Umgestaltung, zum anderen den Rückbau von Spielflächen. Insbesondere im Hinblick auf die im Beschlussvorschlag der Verwaltung enthaltene Option einer Inanspruchnahme von Spielplatzflächen für andere Zwecke gebe es in ihrer Fraktion Bedenken. Aus der im August 2006 in der Bezirksvertretung Dornberg vorgestellten Spielflächenbedarfsanalyse sei hervorgegangen, dass es auch in Dornberg unterschiedliche Versorgungsqualitäten gebe. So seien seinerzeit u. a. auch stark unterversorgte und nicht versorgte Untersuchungsräume aufgelistet worden. Zwar sei Dornberg der zweitkleinste Stadtbezirk, liege aber im-

merhin an siebter Stelle in Bezug auf den prozentualen Kinderanteil. Frau Brinkmann betont, ihr sei bewusst, dass der Stadtbezirk grundsätzlich gut mit Spielflächen versorgt sei. Bevor ein Rückbau von Spielflächen realisiert werde, sei unbedingt ein Flächenausgleich innerhalb des Stadtbezirkes zu prüfen. Wichtig sei, dass die Bezirksvertretung in alle entsprechenden Entscheidungen einbezogen werde.

Herr John äußert, er registriere in der Vorlage der Verwaltung einen Paradigmenwechsel. Bisher sei in der Regel versucht worden, Spielplatzflächen zu sichern. Seine Fraktion spreche sich gegen eine Inanspruchnahme von Spielflächen für andere Zwecke aus, allenfalls sei ein Abbau von Spielgeräten denkbar. Herr John plädiert für die Erstellung eines Katasters mit allen Spielflächen sowie den dort vorgehaltenen Angeboten.

Frau Selle äußert, sie gehe davon aus, dass alle geplanten Maßnahmen der Bezirksvertretung vorgestellt würden. Aus der beigefügten Übersichtskarte seien diese nicht parzellenscharf abzuleiten. Auch sie bittet darum, vor etwaigen Entscheidungen informiert zu werden.

Herr Schmidt erläutert Ziffer 1 der Beschlussvorlage. Da viele Spielflächen planungsrechtlich nicht gesichert seien, könne das Ergebnis der Spielflächenbedarfsermittlung dazu dienen, im Falle von Bauanträgen und Liegenschaftsanfragen die Versorgungsbedeutung einer Spielfläche zu unterstreichen. Sie diene damit als Argumentationshilfe, um einen eventuellen Verkauf abzuwenden.

Das geforderte Spielflächenkataster gebe es bereits bei der Grünunterhaltung.

Geplant sei, künftig jeden einzelnen Untersuchungsraum zu betrachten, um dann konkrete Handlungsempfehlungen zu entwickeln. Dabei gehe es ausdrücklich nicht um den Spielgerätebedarf. Vielmehr sei es Ziel, ein ausgewogenes Spielflächenangebot, also geeignete Flächen an geeigneter Stelle, sicherzustellen.

Abschließend ergeht folgender

Beschluss:

- 1. Die Bezirksvertretung empfiehlt dem UStA, den Fachbeitrag „Spielflächenbedarfsermittlung“ als Grundlage für Entscheidungen im Rahmen von Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie bei der Inanspruchnahme von Spielplatzflächen für andere Zwecke zu nutzen.**
- 2. Darauf aufbauend werden Umweltamt und Umweltbetrieb im weiteren Verfahren mit den Bezirksvertretungen bzw. deren Arbeitsgruppen die Maßnahmen zur Optimierung des Angebotes an Spielflächen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Finanzmittel abstimmen.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

Verwendung von Mitteln für die Unterhaltung von Spiel- und Bolzplätzen

Frau Busch-Viet bittet im Auftrag des Umweltbetriebes darum, die noch verfügbaren Mittel für die Unterhaltung von Spiel- und Bolzplätzen für die Mitfinanzierung eines Spielgerätes speziell für Kleinkinder (multifunktionales Kletterschiff mit Rutsche) zu verwenden.

Im Zuge der Bebauungen 1. „Großdornberger Straße“ (Bebauungsplan Nr.II/ G 18) und 2. „Großdornberger Straße/ Wittlers Hof“ (Bebauungsplan Nr.II/ G 19) ergebe sich ein zusätzlicher Bedarf an Spielplatzflächen. Die jeweiligen Erschließungsträger hätten sich gemäß Erschließungsvertrag verpflichtet, mit Zahlungen von 13.000,00 € (zu 1) und 3.240,00 € (zu 2) zu einer Aufwertung des bereits vorhandenen Spielplatzes im Grünzug Dornberger Auenpark beizutragen. Somit stehe ein Budget von 16.240 € zur Verfügung. Um das geplante Spielgerät einschließlich der notwendigen Fallschutzfläche verwirklichen zu können, seien insgesamt ca.17.500 € erforderlich. Das Umweltamt und der Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld schlugen einvernehmlich vor, bezirkliche Mittel für die Unterhaltung von Spiel- und Bolzplätzen in Höhe von 1.067,00 Euro zur Deckung der Finanzierungslücke einzusetzen.

Beschluss:

Die noch verfügbaren Mittel für die Unterhaltung von Spiel- und Bolzplätzen in Höhe von 1.067,00 Euro sollen für die Mitfinanzierung eines multifunktionalen Kletterschiffes für den Spielplatz im Dornberger Auenpark verwandt werden.

- einstimmig beschlossen -

-:-

Zu Punkt 10

Bebauungsplan Nr. II/ Ba 3 "Puntheide"

**Sachstandsbericht der Verwaltung
hinsichtlich der Neuaufstellung bzw. der Teilaufhebung des Bebauungsplanes**

- Stadtbezirk Dornberg -

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7355/2004-2009

Frau Selle bedankt sich dafür, dass die Verwaltung dem Wunsch ihrer Fraktion nach einem Sachstandsbericht mit einer ausführlichen Informationsvorlage nachgekommen sei. Ihre Fraktion habe diese als Grundlage für eine Entscheidung über die mögliche Aufhebung des Bebauungsplanes erbeten. Der seit 1972 rechtskräftige, derzeitige Bebauungsplan sei bisher nicht umgesetzt worden. Die Bezirksvertretung habe mit mehreren Beschlüssen auf eine Neuplanung gedrängt, da sie in der Aufstellung eines Bebauungsplanes die besten Gestaltungsmöglichkeiten gesehen habe. Ziel der jetzt angestrebten Aufhebung des Bebauungsplanes sei es, den bauwilligen Grundstückseigentümern in nächster Zeit eine Baumöglichkeit zu eröffnen.

In der Vergangenheit habe sich allerdings gezeigt, dass nach § 34 bzw. 35 BauGB genehmigte Bauvorhaben häufig zu Problemen mit den Altanliegern führten. Im Falle einer Aufhebung des alten Bebauungsplanes sei im Rahmen der erforderlichen Öffentlichkeitsbeteiligung mit Widersprüchen der Betroffenen zu rechnen.

Da es nach wie vor zwei Gruppen entwicklungswilliger Eigentümer gebe, die im Juli noch einmal ihre Entwicklungsbereitschaft signalisiert hätten,

spreche die SPD-Fraktion sich dafür aus, das Bauleitplanverfahren fortzusetzen und dabei die von der Verwaltung vorgeschlagene Entwicklungsfläche um die landwirtschaftliche Fläche nördlich des Hollensiek zu erweitern.

Herr Berenbrinker weist darauf hin, dass man in den zurückliegenden Jahren mit der Neuaufstellung des Bebauungsplanes „Puntheide“ nicht weitergekommen sei. Er sehe daher keine Veranlassung mehr, die frühzeitig angekündigte Aufhebung des Bebauungsplanes immer weiter aufzuschieben. Dem Argument der Verwaltung, dass bei der Aufhebung des Bebauungsplanes Probleme mit den hiervon Betroffenen zu erwarten seien, begegnet Herr Berenbrinker mit dem Hinweis, dass auch in Bereichen mit gültigem Bebauungsplan Schwierigkeiten auftreten könnten, wie das Beispiel Zittauer Straße zeige. Nachdem mehrere gesetzte Fristen ergebnislos verstrichen seien, sei es eine Frage der Glaubwürdigkeit, jetzt auch die angedrohten Konsequenzen zu ziehen.

Auch Herr John sieht die Gefahr, sich durch ständige neue Ultimaten unglaubwürdig zu machen. Er plädiert ebenfalls dafür, eine Bebauung von Baulücken nach § 34 BauGB zu unterstützen.

Frau Wilmsmeier äußert ebenfalls Unverständnis darüber, dass die Thematik seit 10 Jahren ohne Ergebnis diskutiert werde. Auch sie spreche sich dafür aus, den Bebauungsplan aufzuheben und wo möglich Baugenehmigungen nach § 34 BauGB zu erteilen.

Herr Kleinesdar kritisiert, dass immer kurz vor Ablauf der jeweiligen Fristen ein neuer Investor präsentiert worden sei. Ingesamt habe es sich nach seiner Erinnerung um fünf unterschiedliche Investorengruppen gehandelt. Er spricht sich wie seine Vorredner für eine Aufhebung des Bebauungsplanes aus.

Herr Gieselmann bittet Herrn Groß, noch einmal die Vorteile der in Frage kommenden Vorgehensweisen zu erläutern. Er möchte außerdem wissen, ob im Falle einer Aufhebung des Bebauungsplanes eine Bebauung ausschließlich nach § 34 BauGB in Betracht komme.

Herr Groß legt dar, dass der geltende Bebauungsplan nur begrenzt Möglichkeiten zur Umsetzung von Bauvorhaben schaffe. Potentielle Entwickler müssten zunächst ein Bebauungsplanänderungsverfahren durchführen und die Erschließung sicherstellen.

Darüber hinaus berücksichtige der geltende Bebauungsplan nicht die vorhandenen Grundstücksstrukturen.

Wenn der Bebauungsplan aufgehoben werde, kämen Genehmigungen ausschließlich nach § 34 BauGB in Betracht. Für die zur Diskussion stehenden Flächen am Hollensiek müssten allerdings immissionsschutzrechtliche Fragen geklärt werden.

Frau Hempelmann erkundigt sich, welche Auswirkungen es habe, wenn der Bebauungsplan nicht aufgehoben werde.

Auf Nachfrage von Herrn Kleinesdar bestätigt Herr Groß, dass eine Aufhebung des Bebauungsplanes die Entwicklung der Flächen nicht dauerhaft verhindere. Vielmehr könne bei entsprechenden Signalen von Entwicklern später durchaus ein neuer Bebauungsplan in Angriff genommen werden.

Frau Hempelmann erinnert daran, dass in der Vergangenheit immer ein städtebauliches Gesamtkonzept für den Entwicklungsbereich gefordert worden sei.

Abschließend fasst die Bezirksvertretung folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg beauftragt die Verwaltung, den Bebauungsplan „Puntheide“ aufzuheben.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11

Sondermittel 2009

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Frau Hempelmann erläutert, dass nach Abzug der bereits ausgezahlten bzw. verplanten Mittel noch 3965 Euro der ursprünglich 5865 Euro verfügbar seien.

Frau Busch-Viet erinnert daran, dass in der letzten Sitzung der Bezirksvertretung der Beschluss gefasst worden sei, die Aufstellung einer mobilen Toilette am Grillplatz Hasbachtal aus Sondermitteln zu finanzieren, sofern sich keine sonstige Finanzierungsmöglichkeit ergebe. Für 31 Tage sei hierfür ein Betrag von ca. 105 Euro zu veranschlagen, da nach Auskunft des Umweltdezernates die städtisch finanzierte Ausstattung des Grillplatzes Heeper Fichten mit einer Toilette die Ausnahme bleiben solle.

Herr Berenbrinker spricht sich dafür aus, unabhängig von der Wetterlage auf jeden Fall ein Toilettenhäuschen aufzustellen. Zum einen werde dadurch gegenüber dem Eigentümer der angrenzenden Grundstücksfläche verdeutlicht, dass sein Problem ernst genommen werde. Zum anderen werde der Bedarf für die Folgejahre untermauert.

Frau Hempelmann plädiert ebenfalls für die Aufstellung eines Toilettenhäuschens.

Auch Herr Gieselmann äußert sich zustimmend, da die zeitlich begrenzte Aufstellung einer Toilette eine gute Möglichkeit für einen Praxistest biete.

Frau Selle konkretisiert ihren bereits in einer früheren Sitzung geäußerten Vorschlag, die Jugendfeuerwehr zu unterstützen. Diese beabsichtige, für ihre Mitglieder Sweatshirts mit Namenszug anzuschaffen. Ein Großteil der Kosten könne durch Einnahmen an Aktionstagen gedeckt werden. Um den verbleibenden Fehlbetrag von ca. 300 Euro decken zu können, bitte die Jugendfeuerwehr um einen Zuschuss der Bezirksvertretung.

Herr Steinkühler bezeichnet die Ausstattung der Jugendfeuerwehr mit Sweatshirts als ein nicht unbedingt aus Sondermitteln zu förderndes Projekt. Aus seiner Sicht sei es sinnvoller, für das nächste Jahr geplante Förderungen vorzuziehen, um auch 2010 Mittel für die Aufstellung einer Toilette zur Verfügung zu haben.

Frau Selle wendet ein, es sei in der Vergangenheit durchaus üblich ge-

wesen, bestimmte Gruppen zu fördern. Ihre Fraktion habe den Vorschlag, die Jugendfeuerwehr zu unterstützen, im Vorjahr zurückgestellt, um einen einvernehmlichen Beschluss über die Verwendung der Sondermittel zu ermöglichen. Seinerzeit sei eine wohlwollende Prüfung des Vorschlages im Folgejahr in Aussicht gestellt worden.

Herr Berenbrinker legt Wert darauf, gegenüber den Feuerwehren deutlich zu machen, dass ihre Arbeit ernst genommen werde. Ein Anschaffungszuschuss in Höhe von 300,00 Euro sei vor diesem Hintergrund durchaus gerechtfertigt, zumal die Bezirksvertretung bei unterschiedlichen Anlässen die Dienste der Feuerwehr gerne in Anspruch nehme.

Die Anregung von Frau Hahn, die Bezirksvertretung solle die Anschaffung und Pflanzung eines Schatten spendenden Baumes auf dem Spielplatz im Dornberger Auenpark finanzieren, findet allgemeine Zustimmung.

Frau Hempelmann erinnert an ihren Vorschlag, die der Kindertageseinrichtung Kirchdornberg Mittel für die notwendige Dachsanierung zur Verfügung zu stellen.

Frau Brinkmann äußert, sie habe Probleme mit diesem Vorschlag. Die im Vorjahr unterstützte Kindertageseinrichtung Hoberge-Uerentrup sei auf Grund ihrer Zertifizierung als Familienzentrum gefördert worden.

Herr Berenbrinker weist darauf hin, dass im Verlauf der letzten Beratung vereinbart worden sei, an Stelle von baulichen Maßnahmen die laufende Arbeit bezuschussen, um auf diese Weise finanziellen Spielraum für die Dachsanierung zu schaffen.

Herr Kleinesdar regt an, Geld für pädagogisches Material zur Verfügung zu stellen.

Frau Wilmsmeier erklärt sich bereit, sowohl eine Zuwendung an die Jugendfeuerwehr als auch an die Kindertagesstätte Kirchdornberg mitzutragen. Sie äußert allerdings die Sorge, dass von vergleichbaren Gruppen künftig regelmäßig Forderungen zu erwarten seien.

Hinsichtlich der vorgeschlagenen Unterstützung von weiteren Tageseinrichtungen für Kinder plädiert Frau Selle dafür, sich auf ein Verfahren zu verständigen, nach dem gefördert werden solle. Denkbar sei, jedes Jahr eine andere Einrichtung zu unterstützen oder Finanzmittel nach einem festen Schlüssel zu verteilen.

Frau Wilmsmeier weist darauf hin, dass insbesondere U3-Gruppen häufig nicht bedarfsgerecht ausgestattet seien. So fehle es z. B. an Betten.

Frau Busch-Viet wird zur Dezembersitzung eine Übersicht über die im Stadtbezirk vorhandenen Einrichtungen und die Zahl der dort betreuten Kinder anfertigen.

Auf die Frage von Herrn John, ob nicht Mittel für eine Optimierung der Beamertechnik eingesetzt werden könnten, äußert Frau Busch-Viet, dass beabsichtigt sei, die erforderlichen Mittel aus dem Etat für die Ausstattung des Sitzungssaales zu entnehmen.

Abschließend ergeht folgender

Beschluss:

Aus den Sondermitteln des Bezirks sind folgende Zahlungen zu leisten:

Aufstellung eines Toilettenhäuschen am Grillplatz Hasbachtal für den Rest der Grillsaison 2009	105,00 Euro
Zuschuss an die Jugendfeuerwehr für die Beschaffung von Sweatshirts	300,00 Euro
Zuwendung an die Kindertageseinrichtung Kirchdornberg für die Beschaffung von pädagogischem Material	500,00 Euro

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 12

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

**1. Sicherung des Fußweges zwischen Kollwitzstraße und Sten-
nerstraße**

Beschluss der BV Dornberg vom 20.08.2009
Beratungsgrundlage 7253/2004-2009

Frau Busch-Viet teilt im Auftrag des Amtes für Verkehr mit, dass die Verkehrssituation am Fußweg zwischen Kollwitzstraße und Stennerstraße bei einem Ortstermin erneut überprüft worden sei. Außerdem habe der Bezirksdienst der Polizei in Dornberg dort Anfang September dreimal zu verschiedenen Zeiten Kontrollen durchgeführt. Bei allen Terminen seien vor Ort keine Radfahrer registriert worden. Das Amt für Verkehr sehe daher in Übereinstimmung mit der Polizei keinen Handlungsbedarf für straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen. Im Übrigen verweise das Amt für Verkehr auf seine anlässlich eines Beschlusses der Bezirksvertretung vom 26.02.2009 erfolgte Stellungnahme zu der seinerzeit von der Bezirksvertretung gewünschten Ausschilderung des Verbindungsweges zwischen Kollwitzstraße und Park als Gehweg.
